

Wie kann politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen gestaltet werden? – Handlungsempfehlungen aus der Sicht Betroffener

Menschen in prekären Lebenslagen gehen oftmals nicht wählen und bringen sich politisch nicht ein. Folglich bleiben sie von demokratischen Prozessen ausgeschlossen und ihre Interessen werden auf politischer Ebene nicht berücksichtigt. Die Gründe für Wahlabstinz und Nicht-Beteiligung sind vielfältig: Viele Betroffene sind zwar durchaus politisch interessiert, schildern aber Frustration und Enttäuschungserfahrungen sowie das Gefühl, von Politik und Gesellschaft mit ihrer Lebenswelt nicht gesehen und ernstgenommen zu werden (siehe Nichtwähler*innen-Studien der Neuen Arbeit).

Die klassische politische Bildung hat für dieses Problem keine Antworten parat. Oft sind ihre Angebote (unbewusst) akademisch ausgerichtet und für viele Menschen mit hohen Hürden verbunden. Formate und Institutionen der politischen Bildung laufen somit Gefahr, Ausschlüsse und soziale Ungleichheit zu reproduzieren und zu verfestigen. Hier benötigt es institutionelle Reflektion und Veränderung.

Mit dem Ziel, Ansätze für eine inklusivere politische Bildung und mehr demokratische Teilhabe zu entwickeln, fand am 11. Mai 2022 ein erster Fachaustausch in Freiburg statt. Teilnehmende waren Vertreter*innen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Außenstelle Freiburg) sowie Demokratiebegleiter*innen/Demokratieberater*innen des Evangelischen Fachverbandes für Arbeit und soziale Integration e.V. und der Neuen Arbeit gGmbH. Umgesetzt wurde der Fachaustausch im Rahmen des Projektes Teges 2.0 "Durch Teilhabe gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken", das innerhalb der Programmlinie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums gefördert wird.

Bei dem Treffen wurden konkrete Handlungsempfehlungen für die politische Bildung formuliert. Dabei kamen mit den Demokratieberater*innen/Demokratiebegleiter*innen Menschen zu Wort, die als Langzeitarbeitslose selbst von Armut betroffen sind und somit aus erster Hand Empfehlungen geben können. Gleichzeitig sind sie selbst Expert*innen für Demokratieförderung, da sie in der politischen Bildungsarbeit für Menschen in prekären Lebenslagen aktiv sind.

Folgende Grundfrage wurde im Rahmen des Fachaustausches diskutiert: **Wie kann politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen gestaltet werden?**

Folgende Handlungsempfehlungen wurden von den Teilnehmenden hierzu zusammengetragen:

An die Orte der Menschen gehen: Veranstaltungen der politischen Bildung sollten vermehrt dort durchgeführt werden, wo die Leute sind bzw. an Orten, die prekär lebenden Menschen vertraut sind und die sie alltäglich nutzen. Wichtig ist dabei auch, auf passende Zeiten zu achten. Veranstaltungen zur politischen Bildung sollte auch im öffentlichen Raum in den Quartieren sichtbar werden: Auf Einkaufsplätzen beispielsweise oder an zentralen öffentlichen Orten. Angebote sollten in unterschiedlichen Stadtteilen stattfinden.

Für Wohl-Fühl-Atmosphäre sorgen: Veranstaltungen der politischen Bildung sollten alle willkommen heißen. Keine Person sollte Abwertung oder Ablehnung erfahren, weil sie zum Beispiel nicht schick genug gekleidet ist. Besonders einladend ist es, bei Veranstaltungen Bewirtung anzubieten, beispielsweise Kaffee, Tee und Brezeln.

Wertschätzende Kommunikation auf Augenhöhe: Kommunikation ist zentral. Das bedeutet Menschen ernst zu nehmen und zuzuhören – auch zwischen den Zeilen. Die Grundvoraussetzung dafür sind Interesse, Empathie und Einfühlungsvermögen.

Kostenübernahme – einfach, unbürokratisch und von Anfang an: Armutsbetroffene Menschen können sich die Teilnahme an Veranstaltungen oft nicht leisten. Zudem werden bestehende Möglichkeiten der Kostenübernahme meist nicht transparent kommuniziert und sind damit oft weder einladend noch niedrigschwellig. Gebühren sowie Fahrtkosten für Veranstaltungen sollten von den

Organisationen und Institutionen übernommen werden. Veranstaltende sollten Kostenerstattungen im Vorfeld recherchieren und transparent kommunizieren, z.B. konsequent auf Flyern und Plakaten abdrucken. Veranstaltende sollten die Möglichkeit prüfen, Kosten direkt zu übernehmen, anstatt diese erst im Nachhinein zu erstatten.

Teilhabe digital – Zugänge schaffen: Digitale Formate sind meist nicht niedrigschwellig. Sie setzen eine Versorgung mit Endgeräten, einen funktionierenden Internetzugang und technisches Know-How voraus. Veranstaltende von Formaten der politischen Bildung sollten daher – wo möglich – digitale und analoge Teilnahmemöglichkeiten anbieten. Bei digitalen Veranstaltungen ist es wichtig, Kosten und die Fähigkeiten der Menschen zu berücksichtigen. Einrichtungen und Organisationen sollten nicht nur W-Lan anbieten, sondern auch Internetplätze oder Endgeräte für Menschen ohne Computer und Smartphone.

„Was es gibt, erfährt man selten!“ – Werbung und Einladung zu Veranstaltungen: Informationen zu Angeboten und Veranstaltungen müssen besser „an die Leute gebracht werden“. Sie sollten auch analog zugänglich und im öffentlichen Raum in den Quartieren sichtbar sein. So könnten Einladungen an verschiedenen Orten ausgehängt werden, z.B. in verschiedenen Stadtteilen und Stadtteilzentren, bei der Agentur für Arbeit und beim Jobcenter, in sozialen Einrichtungen, Essenstreffs und Supermärkten. Einladungen könnten zudem auch in Straßenzeitungen geschaltet werden.

Für alle Altersgruppen: Auch viele Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen. Es braucht mehr präventive Ansätze zum Beispiel durch aufsuchende Jugendarbeit und vermehrt Angebote, die sich an deren Lebensrealität orientieren.

Expert*innen in eigener Sache – Partizipation und Kooperation: Menschen in prekären Lebenslagen sind Expert*innen in eigener Sache. Sie sollten sich bei der Planung, Gestaltung, Durchführung und Evaluation von Bildungsformaten beteiligen können. Dies bedeutet auch, Menschen in prekären Lebenslagen in die Organisation einzubeziehen, und sie als Expert*innen in eigener Sache zu engagieren. Wichtig ist es, immer wieder Anliegen, Themen und Interessen verschiedener armutsbetroffener Menschen zu erfragen. Wertvoll sind auch, die Kooperation mit Selbstorganisationen und die Vernetzung mit anderen Organisationen und Einrichtungen.

Orte des Austauschs und des Voneinander-Lernens schaffen: Politische Bildung sollte dialogisch und partizipativ gestaltet werden. Es ist wichtig, dass die Erfahrungen von Menschen Raum bekommen, sie ernstgenommen und wertgeschätzt werden. Konkret kann dies für Veranstalter*innen bedeuten, bei der Durchführung der Veranstaltung flexibel zu bleiben und ein Gleichgewicht zu finden zwischen Struktur und dem situativer/freier Gestaltung.

Politische Bildung und dann? Sichtbarkeit und Weiteres: Viele armutsbetroffene Menschen fühlen sich politisch nicht repräsentiert und in ihren Anliegen nicht ernstgenommen. Niemand sollte und kann dazu gezwungen werden, sich zu beteiligen. Aber politische Bildung kann Möglichkeiten eröffnen und dazu beitragen, Räume für Beteiligung, politische Aktion und politisches „Feedback“ zu schaffen. Indem beispielsweise Möglichkeiten für politisches Handeln thematisiert oder kreativ entwickelt werden. Durch (regelmäßige) Austauschmöglichkeiten mit politischen Vertreter*innen oder andere Formen des politischen Feedbacks („Postkartenaktion“). Und Indem Erfahrungen, Forderungen und Wünsche öffentlich sichtbar werden. Sinnvoll ist es zudem, wenn die Ergebnisse von Veranstaltungen gesammelt und öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise auf einer übersichtlichen und einfach zugänglichen Webseite.

Verfasser*innen: Mustafa Numar Bakir; Vivianna Klarmann; Andreas Kraft; Rebecca Lo Bello; Robert Matanovic; Ernst Peter; Jürgen Schock; Rebecca Spittel; Annika Steger; Danielle Zivec.

Ansprechpartnerinnen:

Vivianna Klarmann
Landeszentrale für politische Bildung
Telefon: 0761/20773-33E-Mail:
vivianna.klarmann@lpb.bwl.de

Rebecca Lo Bello
Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V.
Telefon: 0711/ 27301-171
E-Mail: rlobello@efas-web.de